

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018-2023)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.12.2018
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr
Sitzungsende:	17:13 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsforder Allee 2- 6, 23560 Lübeck,

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Jörn Puhle- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Kristin Blankenburg- SPD

Vertretung für: Herrn Jörg Haltermann

Dagmar Hildebrand- CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nico Berner- BÜ90/ DIE GRÜNEN

Jose Maria Bernet- Lübecker Jugendring

Pastorin Dörte Eitel- AG freier Wohlfahrtsverbände

Britta Ingwersen- Lübecker Jugendring

Stefan Krause- CDU

Sandra Odendahl- SPD

Claudia Petereit- Die Unabhängigen

Vertretung für: Herrn Detlev Stolzenberg

Renate Prüß- AG freier Wohlfahrtsverbände AWO Schleswig-Holstein

Simone Stojan- Bü90/DIEGRÜNEN

Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht

Torsten Biß- Kreiselternvertretung

Vertretung für: Herrn Christian Weise

Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4

Juanna Khalo- Vertretung der Jugend

Lutz Regenbergs Mitglied der Fachgruppe HZE

Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt

Juleka Schulte - Ostermann- Delegierte Stadtteilvertreterin

Verwaltung

Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung

Renate Heidig- Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller- Beteiligungsbeauftragte	
Ulrike Neumann- 4.511 - Städt. Kindertageseinrichtungen	Vertretung für: Frau Kathrin Rösel
Sabine Schulz- 4.513 - Jugendarbeit	
Aiko Wagner- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	
Protokollführung	
Dana Gladasch- 4.513 - Jugendarbeit/Jugendamt	
Gäste	
Andreas Müller- Die Linke	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jörg Haltermann- SPD	- entschuldigt -
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen	- entschuldigt -
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Grams- AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring Die Johanniter	- entschuldigt -
Horst Wargenau- CDU	- entschuldigt -
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Rafael Jancen- Forum für MigrantInnen	- entschuldigt -
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	- entschuldigt -
Christian Weise- Kreiselternvertretung	- entschuldigt -
Verwaltung	
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung	- entschuldigt -
Kathrin Rösel- 4.511 Städtische Kindertagesstätten	- entschuldigt -
Elke Sasse- Frauenbüro	- entschuldigt -
Sonstige Personen	
Carsten Schnelle- Jobcenter U25	- entschuldigt -
Beiratsmitglieder	
Götz Gebert- Seniorenbeirat	- entschuldigt -
Bärbel Moeller- Seniorenbeirat	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschriften vom 08.11.2018
3.	Anliegen der Jugend
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen der Verwaltung
5.	Berichte
5.1.	mdl. Bericht zu den Arbeitsbereichen der Beauftragten für Kinder- und Jugendbeteiligung
5.2.	mdl. Bericht zum Zwischenstand Jugendarbeit in Schlutup (neuer Standort Zollhaus)
6.	Beschlussvorlagen
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.1.	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft zur VO/2018/06344 behandelt in der Sitzung vom 30.08.2018 mit TOP 5.10. an den Jugendhilfeausschuss zum interfraktionellen Antrag von Die Linke & Freie Wähler / GAL: AT zu Neu-Gründung eines "Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck" VO/2018/06214 Vorlage: VO/2018/06583
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern
9.	Verschiedenes
11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
--

Herr Puhle eröffnet die 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Puhle weist darauf hin, dass Ausschussmitglieder verpflichtet werden müssen und bittet die Anwesenden sich zu erheben. Er verliest die Verpflichtungsformel: „Hiermit verpflichte ich Sie gemäß § 46 Absatz 6 der Gemeindeordnung zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie per Handschlag in Ihr Amt ein.“ Danach gibt er Frau Schulte-Ostermann und Herrn Biß die Hand und erklärt: „Ich verpflichte Sie!“

Herr Puhle fragt, ob mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden. Dies ist nicht der Fall. Die Tagesordnung wird damit einstimmig unter Zuordnung des TOP 10.1 zum nicht öffentlichen Teil festgestellt.

zu 2 Niederschriften vom 08.11.2018

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 08.11.2018 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

Frau Kahlo hätte durch die Presse erfahren, dass in der Stadtteilkonferenz beschlossen wurde, dass das Jugendzentrum Pinasse an einen anderen Standort umziehen solle. Hierüber wäre die Jugend gerne im Vorwege informiert bzw. einbezogen worden.

Frau Weiher berichtet, dass in der Stadtteilkonferenz keinesfalls der Standortwechsel des Jugendzentrums Pinasse festgesetzt wurde, sondern das neue Baugebiet Pinassenweg Thema war und hierbei auch erwähnt wurde, dass der jetzige Standort des Jugendzentrums Pinasse dann verlegt werden müsste. Die Verwaltung wird sich rechtzeitig auf die Suche nach einem neuen geeigneten Standort machen. Hierzu wird die Jugend zu gegebener Zeit beteiligt werden.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Puhle schlägt vor, dass die Jugendhilfeausschusssitzung im Februar 2019 ausfällt, da bereits am 21.02.2019 eine gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Schul- und Sportausschuss stattfindet. Schwerpunktthema dieser Sitzung soll die Schulkindbetreuung sein.

Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis und hat keine Einwände.

Anfang Februar soll die Unter-AG Schulkind-Hort zum Thema Eckpunktepapier tagen und der Prozess „Aufwachsen in Lübeck“ soll vorangetrieben und im Ausschuss vorgestellt werden.

Frau Weiher weist darauf hin, dass in Bezug auf die Zuständigkeit für den Ganztag häufig falsche Informationen vorlägen. Die Verantwortung für Ganztag an Schule sei dem Bereich Schule und Sport zugeordnet und somit sei der Schul- und Sportausschuss für die Beratungen zuständig. Die Ganztagsbetreuung zähle nicht zu Kindertagesstätten und werde daher auch nicht nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz behandelt

zu 5 Berichte

zu 5.1 mdl. Bericht zu den Arbeitsbereichen der Beauftragten für Kinder- und Jugendbeteiligung

Frau Möller berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Grundlagen und Aufgaben der Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf eine Nachfrage von Frau Prüß nach der Schnittstelle zur neuen Kinderschutzkoordinatorin antwortet Frau Möller.

zu 5.2 mdl. Bericht zum Zwischenstand Jugendarbeit in Schlutup (neuer Standort Zollhaus)

Frau Möller berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die bisher erfolgte Kinder- und Jugendbeteiligung zur Standortsuche für das Zollhaus in Schlutup. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Frau Reichel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die aktuelle Sachlage der Standortsuche in Schlutup. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Puhle informiert den Ausschuss darüber, dass für den Haushalt 2019 ein Betrag in Höhe von 200.000 Euro mit Sperrvermerk für einen etwaig notwendig werdenden Umzug (abhängig vom Beteiligungsverfahren) der Jugendarbeit im Zollhaus eingestellt worden sei.

zu 6	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

Es liegt nichts vor.

zu 7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 7.1	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft zur VO/2018/06344 behandelt in der Sitzung vom 30.08.2018 mit TOP 5.10. an den Jugendhilfeausschuss zum interfraktionellen Antrag von Die Linke & Freie Wähler / GAL: AT zu Neu-Gründung eines "Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck" VO/2018/06214 Vorlage: VO/2018/06583
---------------	--

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt unverzüglich die Neu-Gründung eines „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ zu initiieren und zu organisieren. Federführend ist der Jugendhilfeausschuss durch die Verwaltung auf dem Laufenden zu halten. Daneben sind der Sozialausschuss und der Gleichstellungsausschuss (nach seiner Einsetzung) zu beteiligen.
2. Die konstituierende Versammlung, mit Vertreter_innen aus der Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Zivilgesellschaft (soziale Vereinen und Verbänden, ehrenamtlichen Initiativen von Eltern, Sozial- und Erziehungsberufen, Gewerkschaften und Politik) soll noch in diesem Jahr stattfinden.
3. Ziele des „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ sind:
 - a. die Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Lübeck.
 - b. die stetige Verbesserung der Lebenssituation von Familien in Lübeck, dazu soll das Bündnis ein langfristiges Konzept erarbeiten und umsetzen.
 - c. ideale Rahmenbedingungen für ein generationsübergreifendes Miteinander für die Zukunft Lübecks zu schaffen.
4. Das „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ soll sich eine Geschäftsordnung geben, die unter anderem regelt, dass:
 - a. die Mitgliedschaft und regelmäßige Beteiligung für möglichst viele Vereine, Verbände, Initiativen, Parteien und Gewerkschaften möglich wird.
 - b. die Arbeit im großen Plenum und in kleinen Unter-Arbeitskreisen (thematisch oder regional bezogen) organisiert möglich ist. Mindestens die Sitzungen des Plenums finden öffentlich statt.

Herr Puhle weist darauf hin, dass dieses Thema am Dienstag bereits im Sozialausschuss behandelt wurde und die Entscheidung als Tischvorlage umverteilt wurde.

Er schlägt eine erneute Vertagung dieses TOP vor, da zunächst geklärt werden soll, inwieweit „Aufwachsen in Lübeck“ die Ziele eines Bündnisses für Familie bereits aufgreift. Mit den

Ergebnissen aus dem Prozess „Aufwachsen in Lübeck“ soll dieser Überweisungsantrag dann erneut behandelt werden.

Herr Müller von den Linken meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Müller berichtet, dass er im Sozialausschuss anwesend war. Er befürwortet die Vertagung und würde den Antrag zurückstellen, bis der Prozess „Aufwachsen in Lübeck“ abgeschlossen sei.

Frau Petereit spricht sich dafür aus, die Ziele genauer zu definieren, damit diese auch durchsetzbar wären. Im Fachbereich 2 und 4 findet schon viel zu diesem Thema statt und nicht nur die Bedürfnisse der Eltern, sondern auch der Kinder müssten berücksichtigt werden.

Frau Weiher erklärt, dass der Antrag im Sozialausschuss abgelehnt worden sei. Weiterhin halte die IHK dieses Bündnis nicht mehr für erforderlich. 2013 wurde das Projekt damals gemeinschaftlich eingestellt, da die Ziele erreicht waren und es bisher keinen Bedarf gab das Bündnis erneut aufleben zu lassen.

Herr Puhle lässt über die Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Vertagung des TOP 7.1 einstimmig zu.

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Herr Puhle weist darauf hin, dass im Namen der Kreiselternvertretung eine Pressemitteilung als Tischvorlage umverteilt wurde. Er macht deutlich, dass die Jugendhilfeausschusssitzung künftig nicht für die Umverteilung von Pressemitteilungen u. ä. genutzt werden soll. Dies solle bitte eigenständig umverteilt werden, wenn dies gewünscht sei.

Der Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nicht-öffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, den Raum zu verlassen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 16:58 Uhr.

Die Öffentlichkeit und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, verlassen den Raum.

Herr Baldy und Frau Vogeler von den Unabhängigen merken an, dass sie stellvertretende Ausschussmitglieder und daher berechtigt sind, an dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilzunehmen. Herr Puhle und Frau Gladash sind sich der rechtliche Lage nicht ganz sicher und wollen dies nach der Sitzung durch das Rechtsamt klären lassen. Des Weiteren sei die Partei durch die anwesende Frau Petereit dort vertreten. Auf Grund dieser Unsicherheit bittet Herr Puhle Herrn Baldy und Frau Vogeler den Sitzungssaal zu verlassen. Auf erneuten Hinweis auf die Teilnahmeberechtigung teilt Herr Puhle mit, dass die Geschäftsführung des Aus-

schusses sich diesbezüglich informieren wird und bittet Herrn Baldy und Frau Vogeler nochmals, den Sitzungssaal zu verlassen.

Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung um 17:01 Uhr.

zu 11 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Puhle gibt bekannt, dass der Ausschuss im nichtöffentlichen Teil eine Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis genommen hat. Es wurden keine Beratungen durchgeführt und keine Beschlüsse gefasst.

Lübeck, den 27. Februar 2019

Jörn Puhle
Vorsitzende/r

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung